

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

139 (23.5.1890)

Beilage zu Nr. 139 der Karlsruher Zeitung

Freitag, 23. Mai 1890.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 20. Mai. 62. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey. (Schluß aus der Beilage Nr. 138.)

Bei § 12 (Errichtung einer Güterstation in Schweigen) spricht der Abg. Klein (Wertheim) der Großh. Regierung den Dank für Einstellung dieser Position in das Budget aus, wodurch langjährige Wünsche der betr. Gemeinde ihre Erfüllung gefunden hätten.

Unter § 13 (Umbau des Bahnhofs Pforzheim) ist im Budget 362 400 M. angefordert; das ursprüngliche Projekt wurde aber nach Berathung mit Vertretern der Stadt Pforzheim einer neuen Bearbeitung unterzogen; das neue Projekt erfordert einen Mehraufwand von 100 000 M., um welche Summe die Budgetanforderung erhöht werden soll. Die Kommission beantragt, die auf 462 000 M. erhöhte Position zu genehmigen.

Abg. Geßel erörtert eingehend die in der Regierungsvorlage und dem Kommissionsbericht besprochene bisherige Behandlung der Frage des Bahnhofsumbaus, welche nimmere einen im Allgemeinen befriedigenden Abschluß gefunden habe. Im Einzelnen kommt Redner insbesondere auf die Raumverhältnisse des Perrons und die Möglichkeit der Verbreiterung desselben zu sprechen; ferner bemängelt er die für Herstellung eines Arbeiterwarterraums vorgesehene Anforderung, die nicht geeignet sei, das in dieser Hinsicht vorhandene Bedürfnis in genügender Weise zu befriedigen. Er bittet, daß aus den etwa zu erzielenden Ersparnissen der ganzen Anlage Mittel zur Erstellung eines dem Bedürfnis entsprechenden, für die sehr große Zahl der nach Pforzheim von auswärts kommenden Arbeiter hinreichenden Arbeiterwartesaals gewonnen werden möchten, oder wenn das nicht thunlich sei, daß man dann lieber zu Gunsten dieses Arbeiterwarterraums einen Theil des übrigen Umbauprojekts zurückstelle.

Generaldirektor Eisenlohr kann bestätigen, daß die heutige Vorlage, welche die Erweiterung des Bahnhofs Pforzheim in einer Weise in Aussicht nehme, die einem etwa später sich ergebenden Bedürfnis nach Vergrößerung der Anlage leicht gerecht zu werden ermögliche, das Ergebnis einer Verständigung der beteiligten staatlichen Behörden mit der Stadt Pforzheim sei, und will gerne anerkennen, daß die Stadt Pforzheim in entgegenkommender Weise die Möglichkeit geschaffen habe, die nachträgliche Mehrforderung noch einbringen zu können. Mit Ausführung des nunmehrigen Projekts glaube die Großh. Regierung, daß dem Bedürfnis für eine Reihe von Jahren entsprochen sein werde; was die von dem Vorredner angeregte Frage der künftigen Verbreiterung des Perrons anlangt, so wolle er die Möglichkeit einer solchen für den Fall eines etwa auftretenden Bedürfnisses gerne bestätigen, glaube aber nicht, daß zur Zeit und für die nächste Zukunft ein solches Bedürfnis zu erwarten sei.

Hinsichtlich des Arbeiterwarterraums gehe die Verwaltung nicht von der Anschauung aus, daß ein solcher dazu bestimmt sei, den auswärtigen wohnenden Pforzheimer Arbeitern als Versammlungsraum zu längerem Aufenthalt zu dienen, sondern nur dazu, die jeweiligen Reisenden eines bestimmten Zugs einige Zeit vor dessen Abgang aufzunehmen; da nun nicht alle Arbeiter- u. Züge von Pforzheim aus zu der gleichen Zeit abgingen, so werde der in Aussicht genommene Raum dem Bedürfnis wohl genügen; wenn man allerdings dafür sorgen müßte, daß die gesamten auswärtigen Arbeiter gleichzeitig und namentlich des Morgens nach Ankunft der Züge bis zum Beginn der Arbeitszeit Unterkunft finden, würde der Raum nicht ausreichen; zu einer derartigen Fürsorge könne aber die Eisenbahnverwaltung nicht veranlaßt werden. — Was die Ausführung des betreffenden Gebäudes betreffe, so werde sie im Hinblick darauf, daß Bahnhofsanlagen sich nicht zu monumentalen Bauten eignen, die denkbar einfachste werden und man werde nicht über das hinausgehen, was dem absoluten Bedürfnisse entspreche. Bei dem bisher bewiesenen Entgegenkommen der Stadtverwaltung in Pforzheim habe Redner ferner das Vertrauen, daß sie der Eisenbahnverwaltung die Hand biete, wenn es sich darum handle, die städtischen Baupläne in einer Weise festzustellen, wie dies den beiderseitigen Interessen und Bedürfnissen entspreche.

Der Kommissionsantrag findet Annahme.

Zu § 16 (Bahnhofsumbau in Baden) gibt der Abg. Gönner seiner großen Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Frage des Bahnhofsumbaus in Baden, die bisher den Gegenstand mehrfacher beim Eisenbahnbetriebsbudget vorgebrachter Wünsche gebildet, nunmehr im Eisenbahnbudget erscheine und in einer nach allen Seiten hin befriedigenden, höchst dankenswerthen Weise dem Abschluß nahe gebracht sei. Bei der wohlwollenden Aufnahme, welche die Anforderung in der Budgetkommission und im hohen Hause gefunden, könne Redner darauf verzichten, die Details der Angelegenheit hier vorzuführen, um so mehr, als in der Regierungsbegründung die bisherigen Uebelstände zutreffend geschildert seien. Er wolle nur noch darauf besonders hinweisen, daß auch die Stadtgemeinde Baden durch die Ausführung des Projekts stark in Mitleidenschaft gezogen werde, da ihr, abgesehen von der unentgeltlichen Stellung sämtlichen Geländes, eine Vergrößerung und der Bau einer Dösbachbrücke am westlichen Bahnhofsende angefohlen werde, Unterneh-

mungen von bedeutendem pekuniärem Belang, wobei insbesondere die Geländeerwerbung, die auf große Schwierigkeiten gestoßen, in Betracht komme. — Wie bei fast jedem derartigen größeren Unternehmen, seien auch gegen den projektirten Umbau Stimmen in Baden laut geworden, von denen ein Theil auf nicht zu vermeidende Schädigung von Privatinteressen zurückzuführen sei; aber auch in der Richtung seien Bedenken entstanden, ob nicht durch die in Aussicht genommene theilweise Ueberbrückung des Dösbachs eine erhöhte Ueberschwemmungsgefahr erwachse und ob nicht dem schönen Eindruck der bisher am Bahnhof befindlichen Anlagen Eintrag geschehe; endlich sei die Frage einer Platzverlegung erörtert worden. — Allen diesen Einwendungen gegenüber habe der Stadtrath im Hinblick auf die große Bedeutung des Unternehmens für die Stadt dem Projekt seine Zustimmung erteilt und sich zur Uebernahme des sehr beträchtlichen Aufwands bereit erklärt.

Redner dankt der Großh. Regierung und der Budgetkommission für das der Stadt Baden bewiesene wohlwollende Entgegenkommen und bittet das Haus, dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Abg. Reichert betont, wie schon früher davon die Rede gewesen, ob nicht bei Inangriffnahme eines Bahnhofsumbaus die Errichtung eines für die Handelsverhältnisse Badens dringend erwünschten Transilagers ermöglicht werden könnte. Zu seinem Bedauern habe er nun wahrgenommen, daß die Errichtung eines solchen Lagers nicht beabsichtigt sei; er wolle deshalb nicht unterlassen, an Großh. Regierung die Bitte zu richten, daß in der neuen Güterhalle ein solches Transilager geschaffen werde. Was die von dem Vorredner erwähnte Befürchtung anlangt, daß durch die in Aussicht genommene Ueberbrückung der Dösbach bei eintretendem Hochwasser große Gefahren entstünden, so müsse er diese Befürchtung theilen, wenn nicht durch Herstellung genügend großer Fluthöffnungen hier vorgebeugt werde; er wolle hierauf die Großh. Regierung deshalb besonders hinweisen und bitten, daß für Sicherstellung in dieser Hinsicht gesorgt werde. — Im Uebrigen sei er über die Vorlage hoch erfreut und habe sich nur gewundert, daß in dem Projekt kein Raum für eine Restauration enthalten sei; im Interesse der zahlreichen, meist erst am späten Abend Baden verlassenden Reisenden erscheine die Einrichtung einer Bahnhof-Restauration wünschenswerth, wenn nicht die Großh. Regierung etwa die Abschaffung der Bahnhof-Restaurationen überhaupt intendire.

Abg. Friderich glaubt, daß die Verzögerung der nunmehr dem Abschluß nahen Bahnhofsumbau-Frage im Interesse Badens gewesen sei, da eine Forderung, wie die heutige, in früheren Jahren wohl kaum Aussicht auf Genehmigung gehabt haben würde. Die von dem Vorredner erwähnten Befürchtungen wegen der theilweisen Ueberbrückung der Dösbach seien kaum berechtigt und hätten jedenfalls, soweit sie begründet seien, bei dem Projekt Berücksichtigung gefunden. Was den Mangel einer Restauration anlangt, so halte er dieses Fehlen für einen glücklichen Gedanken, da hierdurch wesentlich die Uebelstände einer Verkehrsstaung vorgebeugt werde; durch das direkt vis-à-vis gelegene, gut geleitete Etablissement werde überdies einem etwaigen Bedürfnisse genügt.

Generaldirektor Eisenlohr will auch bei dieser Position bestätigen und mit Dank anerkennen, daß der Stadtrath auf das von der Großh. Regierung vorgelegte Projekt in bereitwilligstem Entgegenkommen eingegangen sei. Wenn auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden sei, welche aus der beabsichtigten Ueberbrückung der Dösbach im Falle eines Hochwassers sich ergeben könnten, so sei er in der Lage, zur Verhütung zu erklären, daß die technischen Sachverständigen die heute vorgebrachten Bedenken nicht theilen.

Soweit er als Laie die Sache zu beurtheilen vermöge, so könne er nicht einsehen, inwiefern eine Verschlimmerung des jetzigen Zustandes durch die projektirten Arbeiten eintreten sollte, da ja eine Verengung des Fluthprofils nicht in Aussicht genommen sei.

Der von dem Abg. Reichert vorgebrachte Wunsch der Einrichtung eines Transilagers lasse sich bei dem vorliegenden Projekt mangels ausreichender Räumlichkeiten nicht erfüllen; das Gleiche treffe bezüglich der Bahnhofswirtschaft zu, da man zweckmäßiger von der Einrichtung einer solchen überhaupt absehe, als daß man — wie es hier geschehen müßte — eine allen Bedürfnissen doch nicht genügende erstelle. Uebrigens sei mit Rücksicht auf den Charakter der Station Baden als Endstation und im Hinblick auf die in nächster Nähe befindlichen Wirtschaften das Bedürfnis nach einer besonderen Wirtschaft im Bahnhofgebäude auch keinesfalls in einer dringenden Weise vorhanden.

Der Berichterstatter verzichtet auf des Schluswort; die Anforderung (erste Rate 800 000 M.) wird genehmigt.

Zu § 17 b. (Freiburg, Straßenerweiterung in der Verlängerung der Johanniterstraße), beantragt die Kommission, da nach Ansicht der Großh. Regierung infolge des Umstandes, daß die wegen Ausführung des Projekts erforderliche Verständigung mit der Stadtgemeinde Freiburg bis jetzt nicht erzielt sei und voraussichtlich auch in der nächsten Zeit nicht erzielt werden würde, an die Ausführung des Projekts in der laufenden Budgetperiode

nicht herangetreten werden könne, die hier eingestellten 84 000 M. nicht zu genehmigen.

Hierzu liegt ein Antrag der Abgg. Pfister, Rau, Kübler, Pfefferle, Geßler, Laut, Marbe und Blantenhorn vor.

An Stelle der in § 17 b. für Herstellung einer Straßenerweiterung an der verlängerten Johanniterstraße eingestellten und zur Absetzung beantragten 84 000 M. einen Betrag von 40 000 M. für Herstellung einer Fußgängerunterführung am Lehener Uebergang einzustellen.

Abg. Pfister gibt zur Begründung des Antrags zunächst eine eingehende Darlegung der Verhandlungen, welche hinsichtlich der im Budget enthaltenen Anforderung mit der Stadtgemeinde Freiburg gepflogen worden seien und welche schließlich zu dem im Kommissionsbericht niedergelegten negativen Ergebnisse geführt hätten. Sodann geht Redner auf die dem Antrag zu Grunde liegenden Mängel am Lehener Uebergang ausführlich ein, welche eine baldige Abhilfe dringend erforderten. Die Stadtverwaltung Freiburg habe April v. J. eingehende Erhebungen über den Verkehr an jenem Uebergang gemacht und das Ergebnis derselben lasse das Bedürfnis einer Abhilfe als unzweifelhaft erscheinen. Die Mängel würden zudem noch ständig zunehmen und erscheine eine Verzögerung der Abhilfe nicht gerechtfertigt. Die Stadtverwaltung habe bei der Generaldirektion bereits im April d. J. die Erstellung dieser Bahnunterführung für Fußgänger erbeten, die Generaldirektion habe das Gesuch aber als nicht dringlich abgelehnt. Diese Entscheidung habe in der Stadt große Bestürzung und Entrüstung hervorgerufen. Redner hofft, daß der heutige Antrag einen bessern Erfolg erziele, und bittet dringend das Haus um Annahme desselben.

Abg. Rau ist mit der Abhebung der im Budget vorgesehene Anforderung einverstanden. Der Antrag Pfister stütze sich auf einen Uebelstand, bei dem Abhilfe dringend geboten sei; etwas müsse an dem Lehener Uebergang geschehen; bei der Wahl zwischen einer Ueberbrückung und einer Unterführung sei letztere nach den bisherigen Erfahrungen mehr anzuzuführen. Redner hofft, daß man nicht erst einen Unglücksfall abwarten wolle, bevor man abhelfe, und befürwortet dringend die Annahme des Antrags; die Höhe des Aufwands sei von bahntechnischer Seite als genügend bezeichnet worden.

Generaldirektor Eisenlohr: Die Mängel, die durch die Niveauübergänge entstehen, seien dem hohen Hause zur Genüge bekannt; deshalb und in der Voraussicht, daß die Ausdehnung Freiburgs nach Norden hin weitere Fortschritte mache, habe die Verwaltung bestimmt, zu einer Zeit, wo der Ausbau des Stadttheils es noch ermögliche, die im Budget enthaltene Straßenerweiterung in Aussicht zu nehmen. Der diesbezügliche, der Stadtgemeinde gemachte Vorschlag, für den allerdings 3. Jt. ein dringendes Bedürfnis noch nicht vorliege, habe eine sehr bestimmte Ablehnung seitens der Stadtverwaltung gefunden, welche der Anschauung gewesen, daß das Projekt den städtischen Bedürfnissen nicht entspreche und daß der Kostenbezug zudem zu hoch bemessen sei. Unter diesen Verhältnissen habe die Großh. Regierung keine Veranlassung gehabt, auf der Budgetanforderung zu bestehen, da eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten gewesen sei. Erst zu später Stunde sei seitens der Stadtgemeinde der Wunsch ausgesprochen worden, den Gegenstand des heutigen Antrags bilde. Die Großh. Generaldirektion sei nun nicht in der Lage gewesen, zu so vorgeschrittenen Zeit noch eine nachträgliche Vorlage an das Finanzministerium zu erhalten, zumal sie das Bedürfnis für die Erfüllung des neuerlichen Wunsches für ein so dringendes nicht anzusehen vermöchte. Das Projekt sei noch keineswegs bearbeitet und geprüft und sei nicht abzusehen, ob und auf welche technische Schwierigkeiten man bei demselben stoßen könnte. Der Vorschlag sei ein vollständiges Novum und könne Redner namens der Großh. Regierung das hohe Haus nur bitten, den Antrag abzulehnen.

Abg. Kübler bedauert die ablehnende Haltung der Großh. Regierung und bittet um Annahme des Antrags Pfister u. Gen.

Abg. Pfefferle hat sich persönlich schon von dem großen Verkehr am Lehener Uebergang überzeugt und glaubt bestimmt, daß, wenn der jetzige Zustand noch zwei weitere Jahre fortbauern müßte, ein Nothstand entstehe. Er bittet deshalb um Annahme des Antrags Pfister; die in der Regierungsvorlage ausgesprochene Absicht, zwei Niveauübergänge eingehen zu lassen, würde er nach Sachlage für durchaus unangänglich erachtet haben.

Finanzminister Dr. Ellstätter muß bitten, den Antrag Pfister u. Gen. abzulehnen. Der Herr Generaldirektor der Staatseisenbahnen habe bereits mitgetheilt, daß der Vorschlag der Antragsteller dem Ministerium noch nicht vorgelegen habe, das Projekt sei daher von der Großh. Regierung noch nicht sachlich geprüft, ebensowenig habe eine technische Prüfung und eine Beurtheilung des Kostenaufwandes stattgefunden. Ein derartiges Projekt aber ohne einen geprüften Plan zur Grundlage einer budgetmäßigen Anforderung zu machen, sei nicht angänglich. Redner wolle sich über die sachliche Berechtigung nicht aussprechen; eine Genehmigung des Vorschlags könne aber 3. Jt. nicht befürwortet werden.

Abg. Friderich kann, so sehr er die Beseitigung der

